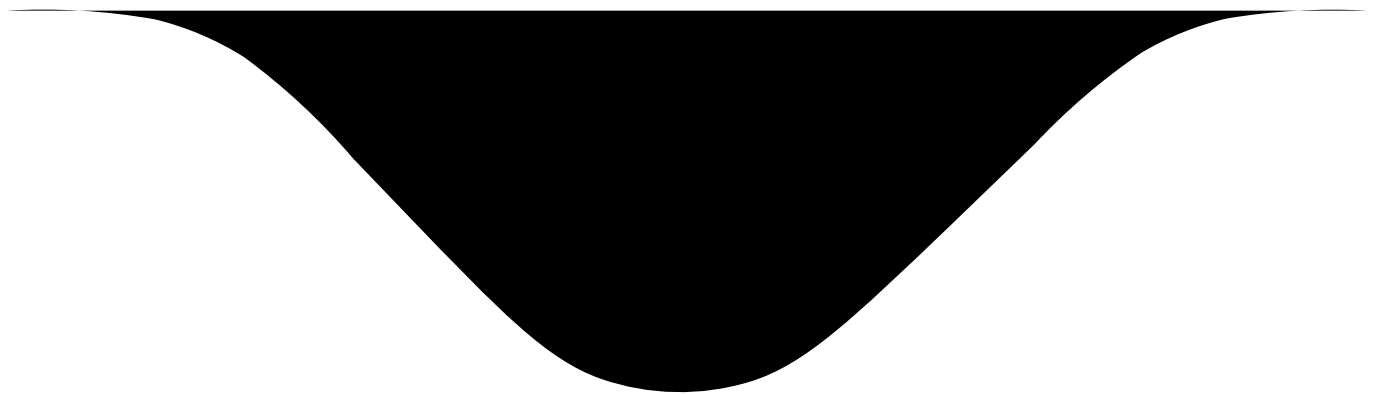


Talumfahrung: Vorsichtig optimistisch

Martin Himmelheber (him)

20. Dezember 2019

SCHRAMBERG - Eine größere Delegation der Schramberger Stadtverwaltung hat sich Anfang Dezember im Regierungspräsidium Freiburg über den Stand der Dinge bei der Talumfahrung erkundigt. Das Regierungspräsidium sei „vorsichtig optimistisch“, so Oberbürgermeisterin Dorothee Eisenlohr, dass das Verkehrsministerium den „Vorabcheck zur Machbarkeit und Qualität“ gut heißen werde.



Das Eselbachtal auf Aichhalder Gemarkung: Die Trasse der Talumfahrung würde auf der gegenüberliegenden Talseite bei den beiden Höfen durchgehen. Archiv-Foto: him

Unter „Bekanntgaben“ berichtete Eisenlohr im Gemeinderat von dem Gespräch mit dem Abteilungschef für Straßenwesen und Verkehr, Claus Walther. Die Talumfahrung Schramberg ist im Bundesverkehrswegeplan bekanntlich im „Vordringlichen Bedarf“. Auch das Land und das Regierungspräsidium hat sie in der Gruppe „Planungsbeginn bis 2025“ eingestuft.

Allerdings ist in einer Anmerkung hinzugefügt, dass die Talumfahrung eine Maßnahme mit einem niedrigen Nutzen-Kostenfaktor von 2,2 sei und deshalb „eine Grundlagenermittlung zeitnah“ durchzuführen sei. Laut der Sprecherin des Verkehrsministeriums Julia Pieper geht es derzeit bei der Talumfahrung um diese Grundlagenermittlung, noch nicht um die eigentliche Planung.



Das Regierungspräsidium habe Mitarbeiter vor Ort geschickt und diese hätten die geplante Trasse angeschaut, berichtete Eisenlohr. Bei den Tunnelabschnitten seien die Steigungen sehr stark. Auch führe das Gestein, durch das die Tunnels gebohrt werden sollen, Wasser. „Die Außenhaut der Tunnels muss deshalb entsprechend abgedichtet werden“, so Eisenlohr auf Nachfrage der NRWZ. Fachleute schätzen die Kosten dafür auf mehrere Millionen Euro.

Dennoch sehen die Fachleute im Regierungspräsidium in punkto Machbarkeit und Qualität „keine gravierenden Hindernisse“ für das Projekt. Diese Untersuchungsergebnisse habe das Landesverkehrsministerium nun zur Bewertung erhalten, so Eisenlohr.

Knackpunkt Nutzen-Kostenfaktor

Das Problem des Nutzen-Kostenfaktors (NKV) beschäftige nicht das Regierungspräsidium, sondern das Bundesverkehrsministerium (BMVI), so Eisenlohr. Fällt das Verhältnis auf eins zu eins, würde das Projekt nicht weiter verfolgt. Das Bundesverkehrsministerium werde das „im Auge behalten“. Aus dem Regierungspräsidium heißt es dazu: „Nur im Falle einer maßgeblichen Ergänzung oder Änderung von Planung und Kosten wird das BMVI eine erneute Ermittlung des NKV durchführen, nicht alleine auf Grund der allgemeinen Kostenerhöhungen.“



Von diesen Zahlen geht der Bundesverkehrswegeplan aus. Laut Prognose wären nächstes Jahr täglich 19.600 KfZ auf der Oberndorfer Straße unterwegs

Im Bundesverkehrswegeplan stehen „Haushaltsrelevante Projektkosten 116,9 Millionen Euro (Preisstand 2014)“. Im Plan ist man außerdem davon ausgegangen, dass die Verkehrsbelastung auf der Oberndorfer Straße von 14.279 Kraftfahrzeugen pro Tag im Jahr 2010 auf

19.600 Kfz, davon 1400 Schwerlastfahrzeugen im Jahr 2020 ansteigen wird. Diese Prognose ist allerdings bisher nicht eingetroffen. Im Gegenteil: Seit Beginn der Zählung im Jahr 2007 sind die Zahlen praktisch gleich geblieben. Im Jahr 2010 passierten die Zählstelle an der Oberndorfer Straße 13.407 Kraftfahrzeuge, davon 1167 Schwerlastverkehr. Im Jahr 2018 waren es 13.589 Kfz und 1031 Schwerlastverkehr.



Tatsächlich sind die Zahlen seit Beginn der Zählung im Jahr 2007 bis 2018 praktisch unverändert geblieben. Grafik: SVZ

Regierungspräsidium: Zehn Jahre Planungszeit

Sobald das Regierungspräsidium Freiburg eine Rückmeldung aus dem Landesverkehrsministerium habe, werde ein Vertreter nach Schramberg kommen und im Gemeinderat über den Stand der Dinge berichten. Das werde „wahrscheinlich Ende erstes Quartal 2020“ sein, so Eisenlohr.

Sie selbst sehe es „als ihren Auftrag an, das Projekt voranzutreiben“, erklärte sie der NRWZ. Es sei aber „größer als ich“ und habe einen „langfristigen Horizont“. Die Talumfahrung habe eine sehr lange Geschichte vor ihrer Amtszeit „und wird auch in acht Jahren noch in Arbeit sein“, ist sie überzeugt. Das bestätigt auch die Sprecherin des Regierungspräsidiums Freiburg Heike Spannagel auf Nachfrage der NRWZ: „Insgesamt rechnen wir derzeit für entsprechend große Projekte mit zehn Jahren Planungszeit bis zum Baubeginn.“ Die Talumfahrung soll nach dem Willen des Gesetzgebers „bis 2030 in Angriff genommen sein“.